

*Stefan Creuzberger*

## Kampf gegen den inneren Feind

### Das gesamtdeutsche Ministerium und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland

#### I. Historischer Kontext und Fragestellung

Die Gründerjahre der Bundesrepublik Deutschland vollzogen sich im Schatten der kommunistischen Bedrohung. Sie beeinflusste maßgeblich die politische Atmosphäre der jungen Bonner Republik. Darüber hinaus war die dortige, auf Verwestlichung ausgerichtete politische Kultur seit den Jahren des Wiederaufbaus und unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts nicht nur durch den Antikommunismus, sondern auch durch den Antitotalitarismus und den Amerikanismus erheblich geprägt.

Das Gefühl, dem Zugriff Moskaus und seiner kommunistischen Helfershelfer in der DDR schutzlos ausgesetzt zu sein, ergriff die politischen Verantwortlichen in Bonn vor allem angesichts der sich rapide verschlechternden internationalen Lage mit dem Beginn des Korea-Krieges. Es bestand zeitweilig die Furcht, möglicherweise einem ähnlichen Schicksal ausgesetzt zu sein. Auch der politische Alltag, der in jenen Jahren das innerdeutsche Verhältnis prägte, gab Anlass genug, die expansiven Bemühungen des Ostens überaus ernst zu nehmen. Das galt umso mehr, als das SED-Regime unablässig für sich beanspruchte, in der DDR den eigentlichen Kernstaat für das künftige Gesamtdeutschland zu sehen. Es war deshalb konsequent, wenn Ost-Berlin nicht nur seine propagandistische Rhetorik, sondern auch seine politische Westarbeit auf den „Sturz des Adenauer-Regimes“ fixierte<sup>1</sup>. Zwar besaßen die westdeutschen Stellen in dieser Hinsicht keine Detailkenntnisse über die konkreten personal-, zeit- und kostenintensiven Planungen der SED. Was jedoch durch Überläufer, Informanten der Ostbüros von SPD und CDU oder durch geheimdienstliche Erkenntnisse – etwa des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) – bekannt wurde, löste in damaligen Bonner Regierungskreisen und den dortigen Parteien größte Besorgnis aus. Anfang der 1950er Jahre lagen Informationen vor, dass die SED jährlich zwischen 20 und 25 Millionen DM illegal in die Bundesrepublik transferierte, um die politische Arbeit der dortigen KPD zu unterstützen<sup>2</sup>. Diese saß bis 1953 noch im Deutschen Bundestag und nutzte – im Sinne Ost-Berlins – das Bonner Parlament als öffentliches kommunistisches Agitationsforum.

<sup>1</sup> Vgl. zur Westarbeit des SED-Regimes ausführlich den Beitrag von Heike Amos in diesem Band; außerdem Amos, Westpolitik der SED 1948/49–1961; Mensing, SED-Hilfe für Westgenossen; Knabe, Westarbeit des MfS; Knabe, Unterwanderte Republik; Staadt, Geheime Westpolitik.

<sup>2</sup> Vgl. BAK, B 137/16428, BfV an BKA, BMI und BMG, Köln, 27.11.1953, Betr.: Eingabe des Rudolf Grüner vom 14.10.1953, S. 2.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, mit welchen Institutionen und Apparaten die Bundesregierung unter dem damaligen Kanzler Konrad Adenauer (CDU), aber auch unter dessen Nachfolgern auf die als Bedrohung wahrgenommenen Aktivitäten von SED und KPD reagiert hat. Mit welchen Methoden und operativen Maßnahmen gedachte man, diese einzudämmen oder – im Idealfall – sogar zurückzudrängen? Schließlich gilt es zu klären, inwieweit und unter welchen Bedingungen sich die in der Bundesrepublik unter dem Signum ‚Kampf gegen den inneren Feind‘ geführte antikommunistische Abwehr im Verlauf der Jahre gewandelt hat.

## II. Politik im Zeichen von *Rollback* und *Liberation-Policy*

Ungeachtet der historischen Erfahrungen während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus war der staatliche Antikommunismus in der Bundesrepublik ein Phänomen<sup>3</sup>, das sich überwiegend aus der ungelösten deutschen Frage ableitete. Eine in diesem Kontext maßgebliche Regierungseinrichtung, die sich entschlossen dem politischen Kampf gegen den Kommunismus verschrieben hatte, war das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG). Gegründet im Herbst 1949 vor dem Hintergrund des geteilten Landes, das es möglichst schnell unter den Bedingungen einer westlich-freiheitlichen Demokratie wiederzuvereinigen galt, betrachteten sich die Mitarbeiter des BMG als Angehörige eines staatlichen Apparats, den sie zu einem politisch schlagkräftigen Instrument des Kalten Krieges machen wollten. Für diese Aufgabe waren sie in besonderer Weise geeignet. Denn was die meisten BMG-Angehörigen der ersten Stunde einte, war ihr tiefer antikommunistischer Grundkonsens. Es gab kaum jemanden unter ihnen, der nicht in der einen oder anderen Form unmittelbar von der deutschen Teilung persönlich betroffen gewesen wäre. Anders als in den übrigen Regierungsressorts, in denen hauptsächlich juristischer Sachverstand gefordert war, basierte die Expertise der Beamten und Angestellten des gesamtdeutschen Ministeriums vor allem auf deren einschlägigen Osterfahrungen. Sie waren Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten oder aber politisch Verfolgte und Dissidenten aus der SBZ/DDR. Oftmals wurden sie von privaten antikommunistischen Organisationen und Netzwerken empfohlen und weitergereicht. Damit verfügten sie über die erforderlichen antistalinistischen ‚Fachkompetenzen‘, die der erste Minister Jakob Kaiser (CDU) und der damalige Staatssekretär Franz Thedieck (CDU) als zwingend für eine loyale Mitarbeit in ihrem Hause voraussetzten. Mehr noch: Deren Sozialisation im Geiste des Antikommunismus trug nicht unerheblich dazu bei, dass im BMG ein besonderes Korpsgefühl aufkam. Und so wiederum erklärt sich das ausgesprochen starke Selbstbewusstsein, das in diesem Verwaltungsapparat stets vorherrschte<sup>4</sup>.

All dies änderte jedoch nichts daran, dass es den hochmotivierten Mitarbeitern des gesamtdeutschen Ministeriums nicht vergönnt war, die große Deutschlandpolitik unmittelbar mitzugestalten. Mochte im Gründungsdokument des Ministeriums noch suggeriert worden sein, dass das Ressort in alle maßgeblichen Entscheidungsprozesse

<sup>3</sup> Vgl. ausführlich zum Problem des deutschen Antikommunismus vor 1945 den Beitrag von Andreas Wirsching in diesem Band.

<sup>4</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 529f.

im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung des Landes einbezogen würde, stellte sich dies als eine voreilige Fehlannahme heraus. Soweit es den Westdeutschen in den ersten Jahren der Bonner Republik überhaupt möglich war, im Rahmen der nur äußert eingeschränkten Souveränität auf diesem Gebiet einschlägige Aktivitäten zu entfalten, behielt sich diese Domäne außen- und deutschlandpolitischen Handelns bekanntermaßen der damalige Bundeskanzler Adenauer selbst vor. Auf diesem Terrain machte er kompromisslos von seinem Vorrecht der Richtlinienkompetenz Gebrauch. Dem BMG wies er dabei lediglich flankierende Funktionen zu. Und diese bestanden nicht zuletzt darin, öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren, dass der Gedanke der nationalstaatlichen Einheit – ungeachtet der von Adenauer entschlossen verfolgten Westintegration seines Landes – keineswegs abgeschrieben war.<sup>5</sup>

Angesichts solcher Umstände verlegten sich das BMG und seine Mitarbeiter rasch auf operative Maßnahmen ‚von unten‘. Zu diesen zählte die sogenannte Psychologische Kriegsführung. Sie war als eine entschlossene ideologische Gegenkampagne gedacht. Diese zielte darauf ab, den ostdeutschen Teilstaat in seinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fundamenten, aber auch in seinen gegen die Bundesrepublik gerichteten Aktivitäten durch offene propagandistische Aufklärungsmaßnahmen und mittels verdeckter Desinformation zu erschüttern bzw. von weiteren Expansionsbestrebungen abzuhalten<sup>6</sup>. Die Akteure des BMG verlegten sich dabei vor allem auf eine Taktik der ‚kleinen Nadelstiche‘. Auf diese Weise sollte dem politischen Gegner im Osten, aber auch dessen ideologischen Verbündeten und Sympathisanten in der Bundesrepublik empfindliche Schläge versetzt werden. Es galt, nicht nur den Widerstandswillen und das Ausharrungsvermögen der in der DDR unter den Bedingungen der SED-Diktatur lebenden Bevölkerung zu beflügeln, sondern auch die Westdeutschen gegen den – wie es damals hieß – Kommunismus zu ‚immunisieren‘ und sie zugleich durch politische Bildungs- und Informationsarbeit für die Sache der staatlichen Einheit in Freiheit zu sensibilisieren. Als Vorbild diente hier in geradezu idealer Weise die von der amerikanischen Schutzmacht zum damaligen Zeitpunkt favorisierte *Rollback- und Liberation-Policy*<sup>7</sup>. Diese strategische Grundausrichtung fand bei den Mitarbeitern des BMG, die sich zumeist auf das politisch-operative Tagesgeschäft konzentrierten, besonders Anklang. Eröffnete sich ihnen doch dadurch die Chance, das Ringen der großen Politik um die nationalstaatliche Einheit mit alternativen Methoden zu flankieren.

Für Bundeskanzler Adenauer, der vor allem darauf fixiert war, der Bundesrepublik über die Westintegration möglichst schnell die volle Souveränität zu verschaffen, kam diese politische Orientierung des gesamtdeutschen Ministeriums sehr gelegen. Das BMG konnte er vor allem gegenüber amerikanischen Institutionen, die im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krieges verstärkt die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus suchten, immer wieder argumentativ ins Feld führen. Das galt vor allem dann, wenn verlässliche Partnerschaft gefragt war. Denn mit dem gesamtdeutschen

<sup>5</sup> Vgl. Creuzberger, BMG in der frühen Bonner Republik, S. 27.

<sup>6</sup> Vgl. zum Problem der ‚Psychologischen Kriegsführung‘: Roewer u. a., Lexikon der Geheimdienste, S. 360.

<sup>7</sup> Vgl. zur *Rollback- und Liberation Policy* ausführlich bei: Stöver, Befreiung vom Kommunismus.

Ministerium besaß nunmehr auch die Bundesrepublik ein eigenes Regierungsressort, das sich zur Aufgabe gemacht hatte, der politisch-ideologischen Bedrohung aus dem Osten in vielfältiger Weise entgegenzutreten. Das war umso wichtiger, als das Bundeskanzleramt zum damaligen Zeitpunkt nicht über einen organisatorisch ausdifferenzierten Apparat für die antikommunistische Abwehrarbeit verfügte. Darüber hinaus sah es sich angesichts der immensen innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Herausforderungen in der Gründungsphase der Bundesrepublik kaum im Stande, auf diesem Gebiet die Federführung zu übernehmen. In Einzelfällen zwar, etwa im Vorfeld von Bundestagswahlkämpfen, ergriff das Kanzleramt eigene antikommunistische Initiativen, um den politischen Gegner aus dem linken oder deutschlandpolitisch neutralistischen Lager zu schwächen<sup>8</sup>. Ansonsten setzte es zumeist auf das BMG.

Das Ganze wurde vor allem durch den Umstand begünstigt, dass der langjährige Staatsekretär im gesamtdeutschen Ministerium, Franz Thedieck, enge Verbindungen zu den Kanzler-Vertrauten Heinrich Krone (CDU) und Hans Globke (CDU) unterhielt. Und so konnte Thedieck – nach Rücksprache mit Globke, aber auch mit dem Staatsekretär im Innenministerium, Ritter von Lex (CSU), – seinem Ressort bereits in den frühen 1950er Jahren große operative Freiheiten für die antikommunistische Abwehrarbeit verschaffen. Das galt für die in seinem Haus entwickelten Strategien, für die vor allem der Referatsleiter I 1, der zum Kreis der antikommunistischen Hardliner zählende Ewert von Dellingshausen, verantwortlich zeichnete. Aber auch bei der Kooperation mit den Amerikanern, die zum Zwecke der gemeinsamen kommunistischen Abwehr 1952 den Kontakt zum Bundeskanzleramt gesucht hatten, verwies man dort für die Belange der politisch-propagandistischen *Rollback*-Arbeit in erster Linie auf die Zuständigkeiten des BMG<sup>9</sup>.

### III. Ressortübergreifende Koordinierung und Arbeitsteilung

Ungeachtet der herausragenden Position, die damit von vornherein dem gesamtdeutschen Ministerium in der ‚Psychologischen Kriegsführung‘ zufiel, war der im Zeichen des positiven Verfassungsschutzes geführte Kampf gegen den Kommunismus, besonders der innerhalb der Bonner Republik, eine Sache der Arbeitsteilung. Um den von der KPD und den kommunistischen Tarnorganisationen ausgehenden Gefahren für die junge westdeutsche Demokratie möglichst wirkungsvoll zu begegnen, gab es seit März 1951 zwar zwischen dem BMG, dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Verfassungsschutz klare Kompetenzabgrenzungen. Dem gesamtdeutschen Ressort fiel dabei in erster Linie die propagandistische Abwehr zu. Das BMI bekam im Zusammenhang mit den Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik insbesondere die polizeilichen Schutzmaßnahmen und die Zu-

<sup>8</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 60, 454; Schwarz, Ära Adenauer, S. 193f.; ders., Adenauer, Staatsmann, S. 98f.

<sup>9</sup> Vgl. BAK, N 1515/2, „Im Bogen der Zeit. Erinnerungen des Dr. Ewert Freiherr von Dellingshausen. Teil II. Aufgaben im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1984/85“, VS-Vertraulich, amtlich geheimhalten, S. 25, 31, 90–93, 132, 137; Thedieck, Hans Globke, S. 145–147.

sammenarbeit mit den einzelnen Landesregierungen zugewiesen. Allein dem BfV blieben die nachrichtendienstlichen Funktionen vorbehalten<sup>10</sup>. Solange sich der Verfassungsschutz jedoch im Aufbau befand, wurde es in den ersten Jahren der Bonner Republik mit der – theoretisch vereinbarten – Abgrenzung antikommunistischer Abwehrarbeit nicht immer sehr genau genommen. Als oberstes Gebot galt allein der antikommunistische Konsens. Dieser bestimmte die Wahl der Mittel und Methoden und rechtfertigte vieles, was letztlich der Eindämmung der ‚kommunistischen Wühlarbeit‘ im Bundesgebiet diente<sup>11</sup>. Dass dabei – wie noch zu zeigen sein wird – etwa das BMG auf Maßnahmen zurückgriff, die unter Vorgabe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung überaus zweifelhaft waren, irritierte die am Erfolg ihrer Arbeit interessierenden Akteure zumeist wenig.

Im gesamtdeutschen Ressort war man deshalb bereits sehr früh von US-amerikanischen Vorbildern angetan. So besaß man in den Vereinigten Staaten für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine regierungsamtliche Schalt- und Koordinierungszentrale zur ‚Psychologischen Kriegsführung‘. Vor diesem Hintergrund drängte seit 1953 Ewert von Dellingshausen mit seinem BMG-Fachreferat I 1 unablässig darauf, auch innerhalb der Bundesregierung ein für die effektive Abwehr von kommunistischen Unterwanderungsversuchen verantwortliches staatliches Gremium zu schaffen. Das galt umso dringlicher, als zu befürchten war, dass die KPD sich nach ihrem Scheitern im Bundestagswahlkampf 1953 fortan verstärkt auf verdeckte kommunistische Agitations- und Destabilisierungsaktivitäten verlegen würde<sup>12</sup>. Dellingshausen warnte bei dieser Gelegenheit nachhaltig vor einer von den Kommunisten propagierten ‚Aktionseinheit der Arbeiterklasse‘. Adressat dieser Bemühungen war der linke Flügel der Sozialdemokratie. Da ihm überdies gesicherte Informationen vorlagen, denen zufolge die Kommunistische Partei und deren im Bundesgebiet operierenden Tarnorganisation verstärkt auf die Zersetzung der westdeutschen Wirtschaft und der dort Beschäftigten zielten, sah sich von Dellingshausen einmal mehr in seiner Haltung bestätigt<sup>13</sup>. Spätestens jedoch nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR im Jahre 1955 rechnete das BMG mit einer großen kommunistischen Propagandawelle seitens der sowjetischen Botschaft in Bonn, was eine antikommunistische Koordinierungszentrale unumgänglich machte<sup>14</sup>.

<sup>10</sup> Vgl. BAK, B 137/16428, Abschrift (Anlage zum Schreiben des BMI vom 12.3.1951 – Gesch.Z.1306C, unterzeichnet vom BM Dr. Lehr), Abgrenzung der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes zwischen dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, dem Bundesminister des Innern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

<sup>11</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 155f.

<sup>12</sup> Vgl. ebenda.

<sup>13</sup> BAK, B 137/16428, I A 1, Bonn, 14.9.1953, geheim, Vermerk, Betr.: Psychologische Kriegsführung in Deutschland nach den Bundestagswahlen am 6.9.1953, S. 1f.

<sup>14</sup> Vgl. BAK, 137/16428, Anlage: Denkschrift über Probleme der „Psychologischen Kriegsführung“ nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, S. 1–4. Die darin geäußerten Befürchtungen, in absehbarer Zeit mit verstärkten propagandistischen Aktivitäten der UdSSR rechnen zu müssen, die auf eine Destabilisierung der Bundesrepublik zielten, waren keinesfalls unbegründet, wie neuere Studien über die sowjetischen Deutschlandpolitik belegen. Vgl. Wettig, Adenauers Moskau-Besuch, S. 199.

Angesicht solcher Bedrohungsszenarien erwies sich das gesamtdeutsche Ministerium als Motor in einem mühevollen interministeriellen Abstimmungsprozess. Dieser führte Anfang der 1960er Jahre schließlich zur Errichtung des ‚Koordinierungsausschusses für die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus‘. Angesiedelt im Bundeskanzleramt, trafen sich hier im vierzehntägigen Abstand alle auf diesem Gebiet verantwortlichen Ressortvertreter der Bundesregierung und der staatlichen Sicherheitsorgane<sup>15</sup>. Für die Organisationsstruktur dieser Einrichtung lieferte von Dellingshausen noch wenige Wochen zuvor entscheidende Anregungen, die er in einer entsprechenden Denkschrift zusammenfasste. Im Sinne einer möglichst hohen Effizienz sollte das antikommunistische Planungs- und Koordinierungsreferat Richtlinien für die praktische Arbeit entwerfen und sicherstellen, dass

- „a) die vorhandenen Informationen nicht willkürlich und in alleiniger Verantwortung der nachgeordneten Stellen an die Bedarfsträger herausgegeben werden,
- b) entsprechende Analysen zu den von den Ressorts als vordringlich bezeichneten Einzelfragen erarbeitet werden [...],
- c) der Planungs- und Koordinierungsausschuß in regelmäßigm Turnus zur Besprechung von Einzelfragen zusammentritt. Wird keine Einigung erzielt, muß die Entscheidung des Staatssekretärsausschuß, notfalls des Kabinetts, herbeigeführt werden“<sup>16</sup>.

Solange dieses Gremium aber noch nicht existierte, ergriff das BMG zahlreiche Eigeninitiativen, um der kommunistischen Bedrohung aus dem Osten wirkungsvoll zu begegnen. Dabei nutzte es intensiv seine vielfältigen Kontakte nicht zuletzt zum Bundesverfassungsschutz in Köln und zum Bundesnachrichtendienst in Pullach. Es bediente sich ebenso – im Rahmen der seit 1952/53 bestehenden Zusammenarbeit – seiner Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA und zu den einschlägigen privaten antikommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik. Mit Blick auf die Amerikaner konnte dabei anfänglich noch nicht von einer gleichberechtigten Partnerschaft gesprochen werden. Die US-Stellen verhielten sich zunächst ausgesprochen zurückhaltend und rezeptiv. Man wies dem Ministerium vielmehr nachgeordnete Aufgaben zu, betrachtete es aber als willkommenen Finanzier für antikommunistische operative Maßnahmen im Sinne der *Liberation-Policy*. Erst im weiteren Verlauf der 1950er Jahre, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weiteren Westintegration der jungen Bonner Republik, veränderte sich das Arbeitsverhältnis. Nunmehr akzeptierte auch die CIA – zumindest vordergründig – die Auffassung des BMG, wonach der Kampf gegen den Kommunismus und die Destabilisierung der DDR nicht mit gewaltsamen Mitteln, sondern allein nach den Prinzipien der ‚politisch-psychologischen Kriegsführung‘ zu erfolgen habe. Maßgeblich für diese Position waren nicht zuletzt die Erfahrungen, die man aus dem gescheiterten Ungarn-Aufstand von 1956 gewonnen hatte. Spätestens unter dem Eindruck dieser Ereignisse waren die Möglichkeiten und Grenzen der US-amerikanischen Befreiungspolitik deutlich geworden<sup>17</sup>.

<sup>15</sup> Siehe dazu ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 160–167.

<sup>16</sup> BAK, B 137/16430, I 1, Bonn, 31. 3. 1960, geheim, Vermerk, Betr.: Geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und psychologische Verteidigung; hier: Koordinierungsversuche innerhalb der Bundesressorts und Vorschläge aus Sicht des BMG-Referats I 1, S. 15–18, Zitat S. 17.

<sup>17</sup> Siehe dazu ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 197–223, 553.

Von den westdeutschen Einrichtungen, die in dieser Hinsicht ins Blickfeld des gesamtdeutschen Ministeriums gerieten, profitierte vor allem der ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘ (VFF)<sup>18</sup>. Er gehörte zu den einflussreichsten Privatagenturen des Antikommunismus. Seine Gründer blickten auf einschlägige Erfahrungen im antibolschewistischen Propaganda-Krieg des NS-Regimes zurück. Sie verfügten über enge Verbindungen zu den US-amerikanischen Geheimdiensten und waren auch sonst im nationalen wie internationalen antikommunistischen Milieu bestens verankert. Der VFF bot sich geradewegs an, um seitens des BMG für die Zwecke der antikommunistischen *Rollback*-Politik instrumentalisiert zu werden<sup>19</sup>. Nicht zuletzt deshalb wurde er aus den geheimen Fördertöpfen des Ministeriums immer wieder großzügig und dauerhaft alimentiert. So erhielt er beispielweise Mitte der 1950er Jahre monatliche Unterstützungszahlungen in Höhe von 28 000 DM. Bereits vier Jahre später beliefen sich die Zuwendungen des BMG auf 55 000 DM im Monat<sup>20</sup>. Damit besaß der ‚Volksbund‘ eine solide finanzielle Ausgangsbasis, um sich vor allem in der Hochphase des Kalten Krieges auf das politische Geschäft der kommunistischen Abwehr im Bundesgebiet konzentrieren zu können.

#### IV. Staatlich gelenkter Antikommunismus und Beeinflussung der politischen Kultur

Im Unterschied zu den Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen des BMG gegenüber der DDR, die spätestens seit 1953 kontinuierlich zurückgefahren wurden, weil man dort fortan nicht leichtfertig Menschleben gefährden wollte<sup>21</sup>, boten sich für die antikommunistische Abwehr auf dem Territorium der Bundesrepublik ganz andere Perspektiven. Hier konnte das Ministerium auf die Versuche des ideologischen Gegners, die westdeutsche Gesellschaft politisch zu unterwandern, viel gefahrenloser reagieren. Der von den Mitarbeitern des gesamtdeutschen Ministeriums in diesem Zusammenhang seit Beginn der 1950er Jahre in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft hineingetragene staatliche Antikommunismus zielte dabei nicht allein auf die KPD, deren Tarnorganisationen oder gar auf neutralistisch orientierte politische Gruppierungen. Die Bemühungen des BMG richteten sich immer auch darauf, die politische Kultur der jungen Bundesrepublik nachhaltig zu beeinflussen. Das Ganze nahm in der Atmosphäre des sich verschärfenden Kalten Krieges mitunter die Züge und das Ausmaß eines ‚Kalten Bürgerkrieges‘ an. Mit allen Kräften wurden publizistisch aufwendige und öffentlichkeitswirksame Kampagnen initiiert. Diese sollten die Bundesbürger in ihrem staatspolitischen Bewusstsein auf den offiziellen deutschlandpolitischen Regierungskurs einschwören. Durch die in diesem Kontext vermittelten Leitideen und Überzeugungen prägten die von ihrer Aufklärungsmission überzeug-

<sup>18</sup> Zum VFF siehe generell: Friedel, Volksbund.

<sup>19</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 144f., 235f.; Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 365.

<sup>20</sup> Vgl. BAK, N 1515/2, „Im Bogen der Zeit. Erinnerungen des Dr. Ewert Freiherr von Dellingshausen. Teil II. Aufgaben im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1984/85“, VS-Vertraulich, amtlich geheimhalten, S. 52.

<sup>21</sup> Siehe hierzu ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 239–345.

ten BMG-Mitarbeiter nicht nur die politische Kultur des Landes, sie beeinflussten auch dessen Wandel<sup>22</sup>.

Das alles geschah unter dem Eindruck, einer massiven kommunistischen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Dabei standen die perzipierte und die tatsächliche Gefährdung jedoch in keinerlei Verhältnis zueinander. In dieser gegen den inneren Feind gerichteten Auseinandersetzung nahm das gesamtdeutsche Ministerium eine zentrale Funktion ein. Gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium setzte es 1950 einen Kabinettsbeschluss durch, der auf alle Angehörigen der KPD und der ihr angeschlossenen Tarnorganisationen zielte, die noch im öffentlichen Dienst angestellt waren. Von Anfang an vertraten die Mitarbeiter des BMG in dieser Angelegenheit eine harte Haltung. In den innerministeriellen Beratungsrunden plädierten sie nachhaltig dafür, von allen öffentlich Bediensteten eine Treueerklärung zu verlangen. Diese sollten glaubhaft versichern, zu keinem Zeitpunkt nach dem 8. Mai 1945 der Kommunistischen Partei oder einer dieser Parteiorganisation nahestehenden Einrichtungen angehört zu haben. „Jetzt kommt es darauf an“, so Georg Kunisch, der Referatleiter I 2, ein „Exempel zu statuieren und sofort alle öffentlich Bediensteten, die ihre Treuepflicht gegenüber dem demokratischen Staat verletzen, aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen“<sup>23</sup>.

In den darauffolgenden Jahren wirkte das BMG überdies erfolgreich daran mit, verschärzte Staatsschutzgesetze zu formulieren und über die parlamentarische Hürde zu bringen. Damit existierte seit August 1951 eine strafrechtliche Grundlage, um gegen die Einfuhr und den Vertrieb sogenannter verfassungsverräterischer Publikationen entschlossen vorgehen zu können. Hintergrund dieser Maßnahme war unter anderem die Tatsache, dass DDR und KPD die junge Bonner Republik mit einer Flut von kommunistischen Agitations- und Propagandamaterialien überschwemmten. Die Vertreter des gesamtdeutschen Ressorts, denen in dieser Angelegenheit die Federführung übertragen worden war, um einschlägige Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, warteten sogleich mit einem radikalen, unorthodoxen Vorschlag auf. Sie plädierten zeitweilig dafür, sich der Postzensur zu bedienen und kurzerhand ein Druckverbot für kommunistische Propagandaschriften in der Bundesrepublik zu verhängen. Ein solcher Vorschlag, ein gutes halbes Jahrzehnt nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes, mutete indes überaus befremdend an. Kaum war er ausgesprochen, wurde er auch schon wieder verworfen. Doch dabei war es weniger der antideokratische Charakter des vorgeschlagenen Druckverbots, der zur Einsicht führte. Ausschlaggebend war vielmehr die Sorge, die DDR könnte eine solche Maßnahme propagandistisch wirkungsvoll ausschlachten<sup>24</sup>.

Mit den ersten Staatsschutzverordnungen des Jahres 1951 wurde nunmehr der Ver- sand östlicher Propagandaschriften in das Bundesgebiet kriminalisiert. Gleichwohl wusste sich das SED-Regime rasch zu behelfen. Die kommunistischen Machthaber in

<sup>22</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 536f.

<sup>23</sup> BAK, B 137, Akte 1549, I 2, Bonn, 17. 9. 1950, Betr. Stellungnahme zu der Kabinettsvorlage des B.M.d.I. über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Staatsform, S. 1f.; vgl. Creuzberger, BMG in der frühen Bonner Republik, S. 29.

<sup>24</sup> Vgl. ebenda. Vgl. zur Postzensur in der Bundesrepublik Foschepoth, Überwachtes Deutschland.

Ost-Berlin gingen zunehmend dazu über, Devisen illegal in die Bundesrepublik zu transferieren. Fortan ließ man das Agitationsmaterial dort drucken und vertreiben. Gut zwei Jahre später ergriffen BMG, Bundesinnen- und Bundespostministerium abermals eine gemeinsame Initiative, um solche Maßnahmen erfolgreich zu konterkarieren<sup>25</sup>. Dazu diente die 3. Novellierung der Staatsschutzgesetze vom 4. August 1953. Hier gelang es, den Paragraph 93 des Strafgesetzbuches, der das Vorgehen gegen „Verfassungsverräterische Publikationen“ regelte, rechtlich so zu erweitern, dass die propagandistischen Destabilisierungsversuche der DDR weiter eingedämmt werden konnten<sup>26</sup>. Im Mai 1961 wurden schließlich abermals die strafrechtlichen Rahmenbedingungen verschärft. Mit dem sogenannten Verbringungsgesetz konnten Post- und Zollbeamte seit dieser Zeit bereits an der innerdeutschen Demarkationslinie staatsgefährdende Literatur aus der DDR kurzerhand beschlagnahmen<sup>27</sup>.

Schon sehr früh gelangte die deutsche Jugend dies- und jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘ ins antikommunistische Blickfeld des gesamtdeutschen Ministeriums. Denn die Jugendlichen in West und Ost galten im BMG gemeinhin als Hoffnungsträger der Nation. Sie mussten deshalb den Werbungs- und Indoktrinationsbemühungen des SED-Regimes möglichst wirkungsvoll entzogen werden. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass während des Ost-Berliner Deutschland-Treffens der FDJ im Jahre 1950, aber auch während der dortigen Weltjugendfestspiele im Sommer 1951 das BMG gemeinsam mit anderen staatlichen und privaten westlichen Trägern als antikommunistischer Agitator und Koordinator auf den Plan trat. Um die östlichen Festivalteilnehmer mit den Ideen der westlichen Wertegemeinschaft bekannt zu machen, wurde systematisch die Anziehungskraft West-Berlins als ‚Schaufenster der freien Welt‘ genutzt. Zudem war sicherzustellen, dass sich möglichst wenig westdeutsche Jugendliche an den kommunistischen Großveranstaltungen im Ostsektor Berlins beteiligen würden. Hier kooperierte das BMG eng mit dem Bundesinnenministerium, um in den einzelnen Bundesländern die dortigen Innen- und Kultusminister auf die davon ausgehenden Gefahren hinzuweisen. Vor allem in den Schulen sollte systematisch aufgeklärt werden. Auch drängte das gesamtdeutsche Ressort vehement darauf, kommunistische Werbemaßnahmen für die Jugendfestspiele konsequent zu unterbinden. In koordinierten Absprachen sah es die einzige Möglichkeit, dem wirkungsvoll zu begegnen. Das galt umso mehr, als im Ministerium zwischenzeitlich bekannt geworden war, dass das Regime in Ost-Berlin verstärkt Kinder, gegen die die westdeutschen Behörden nicht strafrechtlich vorgehen konnten, für einschlägige Agitationszwecke einsetzen wollte. Das BMG rechnete in absehbarer Zeit deshalb fest mit einer ansteigenden Zahl von FDJ-Agitatoren im Bundesgebiet, die man bestenfalls schon im Vorfeld an der innerdeutschen Grenze abfangen und in die DDR zurück-schicken sollte.

<sup>25</sup> Vgl. BAK, B 137/1378, I 2, Bonn, 11. 6. 1952, Vermerk über die Ressortbesprechung im Bundesministerium des Innern am 11. 6. 1952, Gegenstand: Maßnahmen gegen die Einfuhr kommunistischen Propagandamaterials aus der SBZ und gegen die Herstellung kommunistischen Materials im Inlande, S. 5. Zur Staatsschutz-Problematik siehe u.a. bei: Schiffers, Staatsschutz; Gosewinkel, Rechtsstaat.

<sup>26</sup> Vgl. dazu und zum veränderten Wortlaut des § 93 STGB in der Fassung des 3. Strafänderungsgesetzes vom 3. 8. 1953 bei: Brünneck, Politische Justiz, S. 392f.

<sup>27</sup> Vgl. Tiepmar, „Bürgerkriegsliteratur“, S. 64.

Aber auch umgekehrt wollte man der interessierten westdeutschen Jugend die Reise nach Osten möglichst verwehren. Aus diesem Grund engagierte sich das BMG dafür, dass Interzonenpässe für Jugendliche sehr verzögert, im Idealfall gar nicht erst ausgestellt werden sollten. Von der Bundesbahndirektion konnte das gesamtdeutsche Ministerium darüber hinaus die Zusage erreichen, keine Sonderzüge oder Sonderwagen bereitzustellen und etwaige Sammeltransporte den Grenzpolizeibehörden zu melden, um somit deren Grenzübertritt zu verhindern. All diese Maßnahmen waren begleitet von einer breiten Öffentlichkeitskampagne, für die das gesamtdeutsche Ministerium verantwortlich zeichnete. Diese wurden nicht nur über besondere Aufklärungsplakate, Pressekonferenzen oder gesonderte Rundfunkwerbung flankiert. Lehrer erhielten spezielle Informationsbroschüren, die im Auftrag des BMG erarbeitet worden waren, ausgestattet mit geeigneten Argumenten, um bei den ihnen anvertrauten Schülern erst gar nicht das Bedürfnis aufkommen zu lassen, die Ost-Berliner Weltjugendfestspiele zu besuchen. In diesem Sinne wurden auch Sport- und Jugendverbände, ebenso wie Sympathieträger der westdeutschen Jugend mobilisiert<sup>28</sup>.

Es fällt insgesamt auf, dass die im Geiste des Antikommunismus agierenden Mitarbeiter des gesamtdeutschen Ministeriums mit politisch Andersdenkenden, zu denen sie insbesondere Kommunisten, Pazifisten und deutschlandpolitische Neutralisten zählten, wenig zimperlich umgingen. Ewert von Dellingshausen, der sich im Kampf gegen den sogenannten inneren Feind immer wieder als Speerspitze erwies, brachte die damals in seinem Hause weitverbreitete Einstellung pointiert auf den Punkt: Noch im Februar 1958 plädierte er im Rahmen einer Tagung der Länderreferenten für gesamtdeutsche Fragen, die im Berliner Bundeshaus im Rahmen der ‚Psychologischen Kriegsführung‘ einschlägige Abwehrstrategien diskutierte, unumwunden dafür, in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten die „Mittel, die der Gegner anwendet, für uns selbst nutzbar zu machen“<sup>29</sup>. Und dies war keinesfalls graue Theorie. Bereits 1955 kommentierte man im Bundesinnenministerium die Praktiken der Kollegen aus dem BMG nicht immer zustimmend, wenn es etwa hieß: „Die Demokratie dürfe nicht bei der Abwehr des Kommunismus in Methoden verfallen, die in ihrer geistigen Uniformität der Kampfart der totalitären Weltanschauung entsprächen.“<sup>30</sup>

Angesichts solcher Auffassungen war es nur konsequent, wenn die – im Sinne der deutschen Wiedervereinigung – suspekt erscheinenden politischen Kreise von privaten Kampforganisationen, die im Auftrag des BMG agierten, bespitzelt und öffentlich stigmatisiert wurden. Vielfach reichten einfache Verdächtigungen, mitunter sogar ungeprüfte Hinweise aus den Reihen der Bevölkerung aus, um diese dann in einer intern seit 1951 vom Ministerium geführten Geheimkartei zu erfassen. Die dort zusammengetragenen Informationen – innerhalb von zehn Jahren umfasste die Datenbank rund 20 000 Personen und 3000 Institutionen – wurden sogleich an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet und meist auch nichtstaatlichen antikommunis-

<sup>28</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 330–335.

<sup>29</sup> BAK, B 137/1232, Tagung der Länderreferenten für gesamtdeutsche Fragen im Bundeshaus Berlin am 12. 2. 1958, Ref.: MR Dr. Freiherr von Dellingshausen, Bonn, Thema: Die kommunistische Infiltration – Fragen ihrer Bekämpfung, S. 4.

<sup>30</sup> BAK, B 137/16428, Vertraulich! Abschrift der Protokolls einer Besprechung zur Intensivierung des geistigen Impulses gegen den Kommunismus im Bundesministerium des Innern am 20. 10. 1955, S. 4.

tischen Agenturen zum weiteren Gebrauch überlassen. Das alles geschah im Namen einer Regierungsbehörde, die nicht zu einem solchen speziellen Verfassungsschutzauftrag ermächtigt war. Wenn es dennoch dazu kam, dann war dies der antikommunistisch aufgeheizten Grundstimmung und den ans Irrationale grenzenden Bedrohungsvorstellungen geschuldet, die in der Hochphase des Kalten Krieges die politische Kultur in der jungen Bundesrepublik nachhaltig vergifteten. Die damaligen Akteure verloren deshalb häufig den Blick für das, was unter demokratisch-rechtstaatlichen Prinzipien tolerierbar war<sup>31</sup>.

So scheute das gesamtdeutsche Ministerium selbst nicht verdeckte Versuche, den politischen Gegner in Wahlkämpfen zu benachteiligen. Das Ganze verstand sich als eine Art bundesdeutsche *Rollback*-Politik, die weitaus gefahrloser betrieben werden konnte als etwa die Operationen jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘. Gleichwohl lag all dem ein überaus ambivalentes Demokratieverständis zugrunde. Während des Bundestagswahlkampfes von 1953 gelangten die Gesamtdeutsche Volkspartei und die in ihr organisierten Politiker wie Gustav Heinemann oder Helene Wessel ins politische Visier der ministeriellen Abwehrarbeit. Den politischen Hintergrund bildete dabei die Tatsache, dass die Wahl erstmals unter den Bedingungen der Fünf-Prozent-Klausel erfolgte. Es boten sich damit gute Chancen, den Einzug derartiger Oppositionsparteien ins Parlament im Idealfall scheitern zu lassen. Freilich durfte das BMG in diesem Zusammenhang nicht unmittelbar selbst in Erscheinung treten. Es griff daher abermals auf die bewährten Dienste des antikommunistischen VFF zurück. Und von diesem wurden Heinemann und Wessel, die als Anhänger des deutschlandpolitisch neutralistischen Lagers auf einen Dialog mit der DDR setzten, als vermeintliche Antidemokraten und Kommunistenfreude öffentlich ungezügelt diffamiert<sup>32</sup>. Ähnliches erlebte auch der vom ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth geleitete ‚Bund der Deutschen‘ (BdD). Es überrascht daher wenig, wenn am 18. September 1953 das gesamtdeutsche Ministerium in einem vertraulichen, an das Kanzleramt gerichteten Rechenschaftsbericht für den Monat August verklausulierte, sich aktiv in den Wahlkampf eingeschaltet und dabei „die Aufklärung des evangelischen Bevölkerungsteiles über das Wahlbündnis Wirth-Heinemann [...]“ durchgeführt zu haben<sup>33</sup>.

Derartige Aktivitäten waren keine Einzelfälle, die sich dadurch begründeten, dass die westdeutschen Akteure etwa unter dem unmittelbaren Eindruck des gewaltsam niedergeschlagenen Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 standen. Schon 1951 lassen sich vergleichbare operative Maßnahmen des BMG nachweisen. Im niedersächsischen Landtagswahlkampf machte es mit Flugblättern, die von ihm finanziert und über den ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘ verbreitet worden waren, auf infamste Weise gegen den dortigen früheren CDU-Landwirtschaftsminister Günther Gereke Front. Dieser hatte sich mittlerweile ins Lager der deutschlandpolitischen Gegner von Konrad Adenauer geschlagen und kandidierte für die neutralistisch ausgerichtete Deutsche Soziale Partei (DSP). Gereke erlitt eine bittere Wahlniederlage,

<sup>31</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 442f.

<sup>32</sup> Vgl. Creuzberger, BMG in der frühen Bonner Republik, S. 32.

<sup>33</sup> BAK, B 137/4912, Z 1 K an den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, z. Hd. von Ministerialdirigent Gumbel o.V.i.A, Bonn, 18. 9. 1953, Betr.: Gesetzgeberische Vorhaben sowie Vorgänge von allgemein-politischer Bedeutung, S. 2.

weshalb er Rechtsmittel gegen den VFF und dessen Diffamierungskampagne ergriff. In dem daraufhin entbrannten Rechtsstreit war er am Ende erfolgreich. In diesem Zusammenhang war es überaus bemerkenswert, dass das gesamtdeutsche Ressort während der gesamten Zeit des Verfahrens loyal zu den Vertretern des beschuldigten ‚Volksbundes‘ stand. Freilich konnte es hier nicht offen Position beziehen, sondern agierte aus dem Hintergrund. Das BMG zögerte deshalb keinen Moment, die gesamten Prozesskosten, die sich immerhin auf 17 000 DM beliefen, kurzerhand aus seinem Geheimetat 300 zu begleichen. Und Ewert von Dellingshausen, der für das Ministerium in diese Vorgänge involviert war, kommentierte die Angelegenheit schließlich selbstironisch mit den Worten, das jenes Flugblatt „das teuerste [gewesen ist...], das wir je herausgegeben haben“<sup>34</sup>.

Selbst für das Jahr 1961 lassen sich vergleichbare Praktiken des Bonner Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen nachweisen. So trat es zum damaligen Zeitpunkt großzügig als Finanzier der in Hamburg ansässigen antikommunistischen staatsbürgerlichen Bildungsorganisation ‚Der Ring e.V.‘ auf. Anlass waren die in der Hansestadt bevorstehenden Betriebsrats- und Bürgerschaftswahlen. Ausgestattet mit Finanzmitteln des BMG, wirkte ‚Der Ring‘ auf den öffentlichen politischen Willensbildungsprozess ein. Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die linksgerichtete Deutsche Friedens-Union (DFU) gerichtet. Auch hier galt es, die DFU an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern zu lassen. Die Aktivisten des ‚Ring‘ sagten daraufhin dem Ministerium zu, Wahlkampfveranstaltungen des politischen Gegners nicht nur stören zu wollen, sondern auch die bei dieser Gelegenheit gewonnen Erkenntnisse sogleich nach Bonn an den dortigen Geldgeber zwecks möglicher Gegenmaßnahmen weiterzuleiten.

All dies deckte sich mit den seit geraumer Zeit praktizierten Abwehrstrategien des BMG. Über die engen Verbindungen zum Kölner Verfassungsschutz wurde es regelmäßig im Vorfeld über bevorstehende politische Veranstaltungen linksorientierter Gruppierungen und Vereinigungen unterrichtet. Vor diesem Hintergrund war es dann möglich, gezielt Vertrauenspersonen, die im Umfeld des Ministeriums agierten, dort einzuschleusen. Ähnlich wie während des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes gegenüber der DFU übten solche Aktivisten verfassungswidrig Überwachungsfunktionen gegenüber Organisationen aus, die nicht verboten waren. Sie standen sozusagen im Dienste von BMG und BfV. Und nicht nur das: Mitunter bedienten sie sich bei dieser Gelegenheit präventiver Provokationsmaßnahmen, um darüber die ansonsten nur schwer auf eine halbwegs legale Weise angreifbare politische Opposition dem Zugriff der Polizei auszusetzen<sup>35</sup>.

## V. Allmähliche Überwindung des kämpferischen Antikommunismus

Angesichts solcher operativer Maßnahmen überrascht es nicht, dass das gesamtdeutsche Ressort bis in die frühen 1960er Jahre hinein als klassischer Hort des Kalten

<sup>34</sup> Friedel, Volksbund, S. 130–140; vgl. Gereke, Landrat, S. 383; vgl. Körner, Rote Gefahr, S. 45f.

<sup>35</sup> Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 456–458.

Krieges und des Antikommunismus galt. Spätestens seit Beginn der Großen Koalition im Dezember 1966 entwickelte es sich dagegen zu einem Ort, von dem unter entspannungspolitischen Gesichtspunkten erste wichtige Anstöße für eine ‚Neue Ostpolitik‘ ausgingen. Vor allem unter dem neuen sozialdemokratischen Minister Herbert Wehner (SPD) wurde etwa in der Öffentlichkeitsarbeit und in den Publikationen des BMG allmählich die antikommunistisch-kämpferische Rhetorik überwunden. Bereits von seinem Amtsvorgänger, dem FDP-Politiker und Vizekanzler Erich Mende, waren erste Veränderungen angestoßen worden. Diese zielten darauf, die Bundesbürger wesentlich sachlicher über die Vorgänge hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ zu informieren. Ein solcher Umdenkungsprozess war naheliegend, um nicht zu sagen zwangsläufig. Denn spätestens seit dem Mauerbau in Berlin machten sich im BMG Ernüchterung und die Überzeugung breit, dass man die Westdeutschen kaum mehr mit einer inzwischen unrealistisch gewordenen Wiedervereinigungsrede oder durch offensive plakative antikommunistische Polemik überzeugen und mobilisieren konnte<sup>36</sup>.

Geradezu paradigmatisch für eine solche sich wandelnde Auffassung war ein öffentlicher Auftritt Mendes im Februar 1966. In einem Interview mit dem ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘ provozierte er im konservativen Lager der Union die Frage, inwieweit der Minister sich überhaupt noch auf dem Boden einer gemeinsamen Deutschlandpolitik bewege. Mende hatte dort mit einer Äußerung harsche Kritik auf sich gezogen, als er unumwunden einräumte, dass in „Mitteldeutschland [...] sich vieles getan [hat], was Respekt verdient“. Und damit nicht genug. Im selben Pressegespräch erteilte er den antikommunistischen Gemeinplätzen der 1950er Jahre eine deutliche Absage, indem er mit einem politischen Tabu brach und unumwunden feststellte: „Unter dem Schutz der freiheitlichen Ordnung unseres Staates muß ein Höchstmaß von Diskussion mit Kommunisten und über den Kommunismus möglich sein. Durch übereiltes polizeistaatliches Eingreifen wird der Rechtsstaat unglaublich, und obendrein liefern wir Ulbricht Argumente für die Isolierung Mitteldeutschlands und seiner Menschen gegenüber der Bundesrepublik.“<sup>37</sup>

Der Minister traf damit einerseits den Zeitgeist der sich damals in der Bundesrepublik verändernden politischen Kultur. Hier verdichtete sich vor allem im linksliberalen Milieu von Journalisten und Intellektuellen zunehmend die Position, deutschlandpolitisch überkommene Klischees zu überwinden und gegenüber der DDR neue Wege zu beschreiten. Andererseits entsprach Erich Mende mit seinem publizistischen Vorstoß durchaus dem, was er in den zurückliegenden Jahren als Minister in seinem Amt durchzusetzen versuchte. Hierfür standen etwa sein Engagement für das Erste Passierscheinabkommen in Berlin im Jahre 1963, seine Bemühungen im Zusammenhang mit dem Häftlingsfreikauf und nicht zuletzt seine gegen den Widerstand des Bundesinnenministeriums eingeleitete Initiative, die innerdeutschen Verwaltungskontakte wiederzubeleben. Auch wenn viel von dem, was er auf deutschlandpolitischem Gebiet zu ändern suchte, kaum über erste Ansätze hinausgelangte, weil es die Zeitumstände, vor allem aber die politische Konstellation innerhalb der CDU/CSU-FDP-Koalition noch nicht zuließen, wirkte er dennoch in vielerlei Hinsicht bewusst-

<sup>36</sup> Vgl. dazu ausführlicher: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 382–429, 538.

<sup>37</sup> Mende: Keine Angst vor den Kommunisten. Interview des Kölner Stadt-Anzeiger mit dem Vizekanzler, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 4. 2. 1966.

seinsverändernd. Er wagte manches anzudenken und offen auszusprechen, woran sein sozialdemokratischer Amtsnachfolger unter freilich anderen politischen Voraussetzungen und nicht weniger entschlossen anknüpfen konnte<sup>38</sup>.

Kaum hatte Herbert Wehner die politische Verantwortung im gesamtdeutschen Ministerium übernommen, verlegte er sich unverzüglich darauf, den tief verankerten kämpferischen Antikommunismus der langjährigen Mitarbeiter seines Hauses allmählich zurückzudrängen. Als vorteilhaft erwies sich dabei, dass im Ministerium ein personeller Generationswechsel anstand. Der Ressortchef wusste daher die Gunst der Stunde personalpolitisch im Sinne des von ihm erwünschten deutschlandpolitischen Gezeitenwechsels zu nutzen. Eine seiner ersten entschlossenen Maßnahmen zierte darauf ab, die im BMG seit 1950 systematisch aufgebaute Geheimkartei, in der Dossiers über politisch vermeintlich suspekte Persönlichkeiten und Organisationen angelegt und zumeist sorglos an private antikommunistische Abwehrorganisationen sowie an den Bundesverfassungsschutz weitergeleitet worden waren, vernichten zu lassen. Wehner war außer sich, als er von der Existenz dieser Datenbank und den langjährigen Verwendungspraktiken erfuhr. Der Unmut des Ministers steigerte sich ins Unermessliche, als er bei dieser Gelegenheit Kenntnis davon erhielt, selbst ein Opfer der akribischen antikommunistischen Erfassungswut des BMG geworden zu sein.

Überdies stand mit dem neuen Mann an der Spitze des Ministeriums nunmehr auch die bisherige Förderpolitik zur Disposition. Unzeitgemäße Projekte, wie etwa die von den Ostbüros der SPD und CDU bis dahin praktizierten ‚propagandistischen Ballonaktionen‘ gegen die DDR, wurden fortan untersagt. Zudem wurden die in diesem Zusammenhang noch verbliebenen privaten Apparate des Kalten Krieges, etwa der für seine antikommunistische Agitation bekannte ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘, allmählich entmachtet. Sofern solche Einrichtungen der Auflösung entkamen, integrierte man sie kurzerhand in die dem BMG nun nachgeordnete ‚Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben‘ (BfgA). Das betraf den ‚Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands‘, den ‚Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen‘, die ‚Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen‘ und das ‚Archiv des Informationsbüros West‘. Grundsätzlich fiel der BfgA künftig die Aufgabe zu, für mehr deutschlandpolitische Objektivität und weniger Polemik zu sorgen. Die *political correctness*, die dabei insbesondere in den ersten Jahren ihrer Existenz eingefordert wurde, besaß fast schon absurde Züge. Peinlichst mussten ihre Mitarbeiter darüber wachen, dass möglichst nichts über die DDR publiziert wurde, was leichtfertig als ‚Kalte-Kriegs-Mentalität‘ ausgelegt werden konnte.

Ähnlich gestaltete sich die vom BMG angestrebte Neuausrichtung zur Förderung der Forschung. Auch sie wurde verstärkt für die Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit verainnahmt, um die neue Linie des Hauses zu flankieren. Dies versuchten die zuständigen Fachreferenten mit sanftem, nicht zuletzt über die finanziellen Zuwendungen ausgeübten Druck zu erwirken. Konkret bedeutete dies, das bis dahin in der DDR- und Deutschland-, aber ebenso in der Ostforschung verbreitete Totalitarismus-Konzept zugunsten einer – überaus fragwürdigen – systemimmanen Betrachtungsweise aufzugeben. Die DDR wie auch die übrigen Satellitenstaaten der UdSSR wollte

<sup>38</sup> Zur Rolle Mende als gesamtdeutscher Minister siehe ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 347–381.

man künftig an den eigenen Ansprüchen messen<sup>39</sup>. Als Grundorientierung gab der im BMG verantwortliche Staatssekretär Günter Wetzel (SPD) am 28. Februar 1969 in einer Informationsveranstaltung für Vertreter der vom Ministerium bis dahin geförderten Forschungseinrichtungen folgende Richtung aus:

„Für die Wissenschaftler, die in der Bundesrepublik Ostforschung betreiben, ist die *Kenntnis der Ostpolitik* [Hervorhebung im Original] der Regierung wichtig – nicht im Sinne eines opportunistischen Einstellens auf die jeweilige Regierungspolitik, sondern im Sinne einer sachlichen Orientierung über die politische Situation und die absehbaren Trends in der zukünftigen Entwicklung. Wissenschaft wird in einem freien Staat nicht von der Exekutive gegängelt, der Wissenschaftler muß aber seine Forschungen auch im Interesse der Aktualität auf die politischen Konstellationen beziehen.“<sup>40</sup>

Im Rahmen dieser skizzierten Handlungsspielräume war es von da an den jeweiligen Institutsleitern überlassen, inwieweit man sich fortan den Vorgaben des Staatssekretärs beugen wollte, um weiterhin in den Genuss großzügiger Alimentierung durch das BMG zu gelangen.

Substanzelle Veränderungen, die sich stets als Zeichen westdeutscher Entspannungsbereitschaft verstanden, zeigten sich aber auch auf anderen Gebieten<sup>41</sup>: So demonstrierte das BMG gegenüber Ost-Berlin, dass es deutlich vom langjährig praktizierten Antikommunismus abzurücken gedachte, als Minister Wehner 1968 in der Großen Koalition die Stimmung für die verfassungskonforme Wiederzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik sondierte. Parallel dazu profilierte sich das Ministerium bei der Reform des Staatsschutzes. In diesem Prozess engagierte es sich für einen Zeitungsaustausch mit der DDR und den straffreien Vertrieb von DDR-Presseprodukten im Bundesgebiet. Ohne das entschiedene Eintreten des Ministers wäre diese Maßnahmen vom Bundeskabinett so nicht realisiert worden. Er konnte sich zumindest in diesen Fällen gegenüber seinen Kabinettskollegen der Union mit der Auffassung durchsetzen, überkommene deutschlandpolitische Positionen selbstkritisch zu überdenken und den Dialog mit Ost-Berlin über einseitige Vorleistungen und unter atmosphärisch entspannten Voraussetzungen möglicherweise besser voranbringen zu können.

In diesem Sinne verstand sich auch das Engagement Wehnens auf dem Gebiet der großen Deutschlandpolitik, das bis dahin im Wesentlichen allein den Bundeskanzlern vorbehalten war. Wenn dem Minister hier gestalterische Spielräume zugestanden wurden, dann war dies nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass er zu den eigentlichen Garanten der Regierungskoalition zählte und auf eine ausgesprochen vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) zurückblicken konnte. Nur so erklärt sich, weshalb der gesamtdeutsche Minister im Jahre 1967 beim Regierungschef damit durchdrang, die sogenannten Stoph-Briefe nicht einfach abzuweisen und unbeantwortet zu lassen – ein Novum in der Geschichte der innerdeutschen Beziehungen. Willi Stoph, der DDR-Ministerpräsident, wollte mit seiner Initiative direkte Verhandlungen zwischen Ost-Berlin und Bonn anregen, mit

<sup>39</sup> Zur Neuausrichtung unter Herbert Wehner siehe ausführlicher ebenda, S. 481–528.

<sup>40</sup> BAK, B 137/7374, Ansprache des Herrn Staatssekretärs Dr. Wetzel anlässlich der Begegnung mit den leitenden Persönlichkeiten der vom Referat I 10 betreuten wissenschaftlichen Einrichtungen am 28. 2. 1969 in Bonn, S. 2.

<sup>41</sup> Im Folgenden siehe: Creuzberger, Kampf um die Einheit, S. 406–429, 539f.

dem Ziel, die gegenseitigen Beziehungen zu normalisieren, eine allgemeingültige Anerkennung der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf atomare Waffen bzw. die Halbierung der Rüstungsausgaben in beiden Teilen Deutschlands zu erreichen. Für die Beantwortung dieser heiklen Fragen stellte das BMG seine deutschlandpolitische Expertise bereit. Gleichwohl sollte ein wirklicher innerdeutscher Dialog nicht zustande kommen, weil die Rechtsauffassungen in diesen Punkten nach wie vor zu unterschiedlich waren. Das aus Wehnern Sicht einzig konstruktive Ergebnis der Stoph-Initiative bestand vor allem darin, dass in der Bundesregierung nunmehr eine deutlich gestiegene Bereitschaft zu verzeichnen war, Kontakte zur DDR auch auf einer höheren Ebene zuzulassen.

Vor diesem Hintergrund verlegte sich der BMG-Chef mit seinem Ministerium auf nachgeordnete Felder der praktischen Politik. Hier erzielte er kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 1969 einen aussichtsreichen Durchbruch. So war es einem seiner Mitarbeiter im Rahmen von Geheimverhandlungen mit Ost-Berlin gelungen, ein begrenztes innerdeutsches Verkehrsabkommen unterhalb der Schwelle einer völkerrechtlichen Anerkennung auszuhandeln. Konkret wurde darin ein auf dem Territorium der DDR im Raum Gerstungen gelegener Bahnabschnitt für die Zwecke des westdeutschen Kalitransports wieder aktiviert. Der Wert dieses auf den ersten Blick wenig spektakulär anmutenden Abkommens lag vor allem darin, dass es an ein Junktim geknüpft war: So sollten unverzüglich zwei ungeklärte innerdeutsche Problemfälle aufgegriffen und kurzerhand bereinigt werden. Dabei handelte es sich einerseits um die festgefahrenen Beratungen über die sogenannten deutsch-deutschen Poststreitigkeiten – Ost-Berlin forderte schon seit längerem westdeutsche Kompensationszahlungen für die mit dem Transport von bundesdeutschen Postsendungen auf dem Gebiet der DDR anfallenden Mehrkosten. Andererseits sollte der innerdeutsche Personenreiseverkehr künftig erleichtert abgewickelt werden. Ungeachtet bestehender Anerkennungsvorbehalte waren sich die beiden deutschen Staaten aber zwischenzeitlich doch so nahegekommen, um nunmehr auch auf offizieller Regierungsebene Gespräche über humanitäre Erleichterungen anbahnen zu können. Losgelöst von den sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen wurde dieser Prozess vor allem aber durch die Bereitschaft von Bundesregierung und gesamtdeutschem Ministerium begünstigt, die traditionelle antikommunistische Abwehrhaltung allmählich einer differenzierteren Betrachtungsweise zu unterziehen.

Es war indes nicht mehr Sache der Großen Koalition, die während der letzten Regierungsphase in erster Linie durch das BMG angestoßenen deutschlandpolitischen Maßnahmen zu exekutieren. Die davon ausgehenden Impulse für eine ‚Neue Ostpolitik‘ aufzugreifen, sie weiter auszustalten und in festes Vertragswerk zu überführen, fiel bald darauf der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und FDP-Außenminister Walter Scheel zu. Das BMG, das in der neuen Regierungskoalition – ganz gemäß dem Wandel der Zeit – nunmehr Ministerium für innerdeutsche Beziehungen hieß, rückte von da an in eine nachgeordnete Position. Nun war es hauptsächlich dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Ressort vorbehalten, die ost- und deutschlandpolitisch neuen Akzente zu setzen. Der seit 1949 praktizierte staatliche Antikommunismus wurde damit zusehends zu einem historischen Phänomen, das in besonderer Weise die Gründergeschichte der Bonner Republik und ihre politische Kultur nachhaltig geprägt hatte.

## VI. Abschließende Bemerkungen

Im Verlauf der Ausführungen wurde verdeutlicht, dass der von Staatsseite initiierte Antikommunismus der jungen Bundesrepublik Deutschland in erster Linie ein Reflex auf die Teilung der Nation, die Rahmenbedingungen des Kalten Krieges und die Verunsicherung der politischen Führung gegenüber der politisch-ideologischen Anfälligkeit der eigenen Bevölkerung gewesen ist. Natürlich kann all dies nicht losgelöst von den aus der Vorkriegszeit tradierten Formen, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen, betrachtet werden. Unter den Regierungsressorts, die sich in dieser Hinsicht maßgeblich und auf rechtsstaatlich mitunter zweifelhafte Weise in ihrer antikommunistischen Abwehrarbeit profilierten, ragte besonders das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hervor. Zwar befassten sich auch das Kanzleramt und das Bundesinnenministerium mit Fragen des sogenannten positiven Verfassungsschutzes. Anders als das BMG verfügten sie aber über keine speziellen umfangreichen Fachabteilungen zur Abwehr des Kommunismus. Zudem lag ihr Arbeitsschwerpunkt vor allem während der Gründungs- und Aufbauphase der jungen Bonner Republik auf anderen wichtigen Gebieten der innen-, außen- sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konsolidierung. Vor diesem Hintergrund drängte das BMG über Jahre hinweg auf eine zentralisierte und koordinierte Bekämpfung kommunistischer Umtriebe.

Das BMG steht daher geradezu symbolisch für die politische Kultur und den bundesdeutschen Antikommunismus in der Hochphase des Kalten Krieges. Im Verlauf der 1960er Jahre – nicht zuletzt unter den Bedingungen der sich veränderten politischen Konstellationen in der Bundesregierung – entwickelte es sich aber zu einer Einrichtung, die nicht unwesentlich dazu beitrug, im Zuge der sich anbahnenden ‚Neuen Ostpolitik‘ bisherige undifferenzierte antikommunistische Wahrnehmungen und Verhaltensweisen allmählich zu überwinden.

Schließlich bleibt festzuhalten: Die Erforschung des staatlichen und institutionengeschichtlichen Antikommunismus in der Bundesrepublik steht erst am Anfang. Zu den Desideraten geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen gehört etwa die Interaktion vom BMG, Kanzleramt und BMI mit dem Bundesverfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst. Hier bleibt abzuwarten, ob und inwieweit sich die seit 2011 eingesetzten unabhängigen Historikerkommissionen und Arbeitsgruppen zur Aufarbeitung der Frühgeschichte von BND und BfV diesen Aspekten der westdeutschen Nachkriegspolitik annehmen werden<sup>42</sup>. Die konkrete Abwehrarbeit des vom gesamtdeutschen Ministerium im Wesentlichen angestoßenen ‚Koordinierungsausschusses

<sup>42</sup> Hierbei handelt es sich um die fünfköpfige unabhängige Historikerkommission um Prof. Dr. Jost Dülffer (Universität Köln), Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke (TU Dresden), Prof. Dr. Wolfgang Krieger (Philipps-Universität Marburg) und Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller (Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam), die die gesamte erste Amtszeit des ersten BND-Präsidenten Gehlen aufarbeiten. Siehe dazu: [http://www.bnd.bund.de/cl\\_092/mn\\_2288812/DE/WirUeberUns/Geschichte/Geschichtsaufarbeitung/Geschichtsaufarbeitung\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bnd.bund.de/cl_092/mn_2288812/DE/WirUeberUns/Geschichte/Geschichtsaufarbeitung/Geschichtsaufarbeitung_node.html?__nnn=true). Mit der Frühgeschichte des Bundesamts für Verfassungsschutz sind seit September 2011 die Bochumer Historiker, Prof. Dr. Constantin Goschler und Prof. Dr. Michael Wala, im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojektes befasst. Siehe dazu: Pressemitteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Köln, 28. 9. 2011.

für die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus‘, der ans Kanzleramt angebunden war, harrt ebenso der weiteren Aufarbeitung. Ähnliches gilt für die antikommunistische Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die als Teil der politischen Kultur durch das BMG, aber auch durch das BMI, etwa mit Blick auf die Bundeszentrale für politische Bildung, großzügig unterstützt wurde. Auch die staatlich subventionierte Forschungsförderung, besonders im Bereich der Geisteswissenschaften, ist in dieser Hinsicht ein lohnendes Studienobjekt, das einer intensiven, durch Archivalien gestützten Aufarbeitung bedarf. Alles in allem blickt die Zeitgeschichtsforschung interessanten thematischen Herausforderungen entgegen, die zweifellos erhellende Einblicke in die politische Kultur der jungen Bundesrepublik und des Kalten Krieges gewähren können.